

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Situation der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler im Land Bremen**

Im Jahr 2010 sind laut Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge nur noch 2 350 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler nach Deutschland gezogen. Das ist seit Beginn der Aussiedleraufnahme 1950 der niedrigste Jahreswert. Insgesamt wurden seither etwa 4,5 Mio. Zuwanderer und Zuwanderinnen dieser Gruppe in Deutschland aufgenommen. Obwohl die Aufnahmeproblematik bei dieser Gruppe eine andere ist als bei Flüchtlingen und Arbeitsmigrantinnen und -migranten, sind auch ihre Integrationsvoraussetzungen differenziert zu beurteilen. Infolge geringer Sprachkenntnisse, unterschiedlicher beruflicher Qualifikation und der allgemeinen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation leben viele von ihnen in prekären Lebensverhältnissen. Insbesondere die Jugendlichen zeigen eine Tendenz der Rückwendung zum ursprünglichen kulturellen Hintergrund der postsowjetischen Herkunftsländer, die sich vor allem im Festhalten an der russischen Sprache äußert. Dadurch wird ihre Isolation innerhalb der deutschen Gesellschaft verstärkt und die Bildung eigener, sich nach außen abgrenzender Gruppierungen begünstigt. Vielfach beklagen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter die Neigung jugendlicher Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler zu Alkoholismus und Drogenkonsum. Dadurch sowie infolge der Abschottungstendenzen gegenüber dem deutschen Umfeld sind sie besonders Diskriminierungen und Benachteiligungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ausgesetzt. Gleichzeitig leben aber auch viele Menschen mit Spätaussiedlerhintergrund im Land Bremen, deren Integration als vorbildlich gelten kann.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie viele Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sind seit dem 1. Januar 1993 im Land Bremen aufgenommen worden (bitte aufschlüsseln nach Jahr, Herkunftsland und BVFG-Status)? Wie viele Familienangehörige sind im Rahmen des Zugzugs nach § 8 (Bundesvertriebenengesetz – BVFG) mit eingewandert?
2. Wie viele von ihnen leben heute in Bremen und Bremerhaven, und welche Wohnortschwerpunkte gibt es gegebenenfalls in den beiden Städten?
3. Wie viele Angehörige dieser Bevölkerungsgruppe sind derzeit noch in Übergangwohnheimen untergebracht, und welche Perspektiven haben sie für eine baldige individuelle/familiäre Wohnsituation?
4. Welche Möglichkeiten haben sowohl Jugendliche als auch Erwachsene dieser Gruppe gegenwärtig, an Integrationsmaßnahmen, Sprachkursen etc. teilzunehmen, und in welchem Maße wird dies von ihnen wahrgenommen?
5. Welche Probleme treten nach Auffassung des Senats bei der Integration von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern aktuell auf, und gibt es besondere Problemgruppen oder hervorzuhebende Integrationsleistungen?
6. Wie beurteilt der Senat die in den zurückliegenden Jahrzehnten ausgestaltete Integrationspolitik für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in Bezug auf ihren Erfolg im Vergleich zu anderen Migrantengruppen?
7. Welche schulischen und ausbildungsbezogenen Erfolgsquoten werden bei den Jugendlichen gegenwärtig beobachtet, und wie beurteilt der Senat gegebenenfalls Defizite der Bildungs- und Ausbildungsintegration?

8. Wie stark ist die Bevölkerungsgruppe von Erwerbslosigkeit betroffen, und gibt es besondere Maßnahmen, ihr den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern?
9. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat über Auffälligkeiten im Bereich der Kriminalität vor, und welche Ursachen liegen ihnen gegebenenfalls zugrunde?
10. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat über Auffälligkeiten im Bereich von Alkohol- und Drogenkonsum vor, und welche präventiven Angebote sind in diesem Bereich mit welchem Erfolg tätig?
11. Welche Initiativen kommunaler und zivilgesellschaftlicher Träger gibt es im Land Bremen, die sich speziell um die Integration der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler bemühen, und welche Erkenntnisse liegen über diese Bemühungen vor?
12. Was wird unternommen, um die Akzeptanz der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in den Wohnquartieren zu erhöhen wie auch ihre Abgrenzung von der einheimischen Bevölkerung, aber auch von anderen Zuwanderergruppen, insbesondere bei Jugendlichen, abzubauen?
13. Wie ist die gesundheitliche Lage der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler zu beurteilen, gibt es Auffälligkeiten bei Morbidität und Mortalität, und welche Maßnahmen werden gegebenenfalls zur Prävention ergriffen?

Dr. Zahra Mohammadzadeh, Björn Fecker,
Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Sülmez Dogan,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen